

# „Zukunft Hallschlag“ Zukunft für wen?

Im Frühjahr 2007 hat der Gemeinderat der Stadt Stuttgart entschieden den Hallschlag in ein mit Steuergeldern finanziertes Programm „Soziale Stadt“ aufzunehmen. Bis zum Jahr 2015 stehen 3,3 Millionen Euro zur Verfügung. Das erklärte Ziel der Stadt: „nachhaltige Stabilisierung und Aufwertung des Gebiets“ Dies soll durch Verkauf des restlichen ca. 1/3 noch in städtischem Besitz befindlichen Teils des Römerkastells an den Unternehmer Scholp, durch Sanierung bzw. Neubau von Wohnungen durch die SWSG, durch die Verbesserung des Wohnumfelds, die Erschließung des Hallschlags durch die neue Stadtbahnlinie U 12, durch Verbesserungen an den Schulen sowie durch Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäfte erreicht werden. Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ schreibt eine Bürgerbeteiligung vor. Bei den ersten Treffen und bei Veranstaltungen im Stadtteil fehlte es nicht daran, dass Hallschlagbewohner ihre Interessen und Vorstellungen für Verbesserungen im Stadtteil einbrachten.

## **Profitmacherei mit Römerkastell**

Inzwischen fragen sich aber immer mehr Hallschlagbewohner, ob sich das Projekt eher gegen sie richtet. Und dafür gibt es gute Gründe. Durch Privatisierung wird das Römerkastell profitträchtig vermarktet und der sozialen Nutzung entzogen. Das gleiche gilt für die Verkehrsplanung. Auch hier hat vor allem der Investor das Sagen. Außer der medienwirksamen Aufpeppung von ein paar Spielplätzen und einigen Veranstaltungen hat es bisher keine Verbesserung für die HallschlagbewohnerInnen gegeben und ist auch keine Verbesserung in Sicht. Selbst die dringend notwendigen und längst angemeldeten Raumbedarfe der Altenburg- und Steigschule werden nicht berücksichtigt. Die SWSG treibt mit ihrer Politik von zu hohen Mieten- und Nebenkosten die Mieter in die Verschuldung. Anstatt mehr Sozialwohnungen zu bauen, werden Eigentumswohnungen gebaut, die sich die Hallschlagbewohner nicht leisten können.

Bei der Anhörung zum Bebauungsplan im Cannstatter Bezirksrathaus am 23.6.09 äußerte eine Hallschlagbewohnerin: „Hier soll sich eine Elite ansiedeln und wir werden weiter ausgegrenzt“. Die Bürgermeister reden davon, dass im Hallschlag eine „Durchmischung“ stattfinden soll. Im Klartext heißt das, dass Migranten, sozial Benachteiligte und Menschen mit besonderen Problemen, vertrieben werden sollen.

Es darf nicht sein, dass mit Steuergeldern private Investoren subventioniert werden und die Bevölkerung leer ausgeht.

## **Bezahlbare Wohnungen statt Kündigungen und Zwangsräumungen**

Es darf nicht sein, dass die SWSG für die Modernisierung und Sanierung von Wohnungen öffentliche Gelder bekommt, und trotzdem die Mieten weiter erhöht. Wer im Hallschlag wohnen bleiben will, muss dort weiter zu bezahlbaren Mieten leben können. Die Halbhöhenlagen mit besserer Luft dürfen nicht das Privileg der Besserverdienenden sein. Wenn im Hallschlag Eigentumswohnungen gebaut werden, warum werden dann nicht gleichzeitig auf dem freiwerdenden Messegelände auf dem Killesberg Sozialwohnungen gebaut? „Die meisten fristlosen Kündigungen der SWSG wegen Mietrückständen betreffen den Hallschlag“. So steht es in einer Gemeinderatsdrucksache im Zusammenhang mit dem

Projekt „Zukunft Hallschlag“. In dem gleichen Papier wird behauptet, die Mieter könnten nicht ohne Hilfe ihr Geld für die Miete einteilen. Wir behaupten: viele Hallschlagbewohner haben gar kein Geld, das sie einteilen können. Sie haben unverschuldet eine viel zu niedrige Rente, sind arbeitslos, Hartz-IV-Empfänger. Wenn die hohen Mieten ein Grund für die wachsende Verschuldung von Mietern sind, dann hilft keine Schuldenberatung, sondern nur ein Mietpreisstop bzw. Mietpreis- und Nebenkostensenkungen. Fristlose Wohnungskündigungen und Zwangsräumungen wegen Mietrückständen müssen aufhören. Es geht darum, die Armut zu bekämpfen und nicht die Armen.

## **Zukunft für die HallschlagbewohnerInnen**

„Zukunft Hallschlag“ ohne Zukunft für die jetzigen Hallschlagbewohner ist nicht akzeptabel. Deshalb fordern wir, dass die 3,3 Millionen Euro Steuergeld im Interesse der Hallschlagbewohner eingesetzt und darüber hinaus massiv aufgestockt werden. Es kann nicht sein, dass die Neckarrealschule für 12 Millionen neu gebaut wird, weil sie dem Projekt Stuttgart 21 im Weg steht und für dringend notwendige Schulerweiterungen bzw. -Sanierungen im Hallschlag kein Geld da ist.

## **Wir fordern:**

- Die Stadtentwicklung und Verkehrsplanung im Hallschlag muss sich an den Bedürfnissen der Bewohner und den Vorschlägen aus der Bürgerbeteiligung orientieren und nicht an den Interessen von Investoren. Die Verwendung der 3,3 Millionen Steuermittel muss offen gelegt werden.
- Die noch nicht verkauften Flächen und Gebäude im Römerkastell müssen bei der Stadt bleiben und im Interesse der Hallschlagbewohner genutzt werden.
- Die bereits verkaufte Reithalle muss in den Besitz der Stadt überführt und als Multifunktionshalle (Sporthalle für Schulen, Vereine und Sportgruppen, Veranstaltungen und Feste im Stadtteil) zur Verfügung stehen.
- Neubau bzw. Sanierung und Erweiterung der Altenburg- und Steigschule und Ausbau zu Ganztagschule als Gemeinschaftsschulen und mit kostenlosem Mittagessen für alle Kinder.
- Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche und Arbeitsplätzen für erwachsene Erwerbslose
- Gezielte Hilfe für Menschen in Armut, Krisensituationen und Drogenabhängigkeit
- Miet- statt Eigentumswohnungen. Verbesserungen der Wohnungen und des Wohnumfelds durch die SWSG. Mietpreisstop und Maßnahmen zur Senkung der Nebenkosten.

# **DIE LINKE.**

**Ortsverband Stuttgart-Bad-Cannstatt**

V.i.S.d.P: Ursel Beck, c/o DIE LINKE, Marienstr. 3 A, 70178  
Stuttgart. Kontakt: [ov.cannstatt@die-linke-stuttgart.de](mailto:ov.cannstatt@die-linke-stuttgart.de) oder  
[ursel.beck@gmx.de](mailto:ursel.beck@gmx.de)